

Wahlprüfstein

Tierschutznetzwerk Kräfte bündeln

Thema 1: EU- Fördermittel Landwirtschaft

Wir fordern eine strukturelle Neuordnung der EU-Fördermittel für die Landwirtschaft, so dass Subventionen vor allem an substantielle Verbesserungen in der Tierhaltung geknüpft werden. Wie stehen Sie dazu?

Die SPD setzt sich seit Langem für eine gerechtere und nachhaltigere Agrarpolitik ein. Dafür ist eine grundlegende Neuordnung der EU-Fördermittel die Basis. Durch die Zahlung von öffentlichen Geldern für öffentliche Leistungen, wie dem Klima-, Umwelt- und Tierschutz, würden die Zahlungen an die Landwirtinnen und Landwirte auch legitimiert. Die Orientierung an der Hektarzahl für große, intensive Landwirtschaftsbetriebe ist nicht mehr nachvollziehbar. Wir werden unseren klaren Fokus auf die Unterstützung von eigentümergeführten, kleinen und mittleren Betrieben und den Klima-, Umwelt- und Tierschutz legen. Subventionen sollen in dem neuen Rahmenwerk auch verstärkt für substantielle Verbesserungen in der Tierhaltung möglich sein.

Thema 2: Tierschutz

Wo sehen Sie als Mitglied des EU-Parlaments Möglichkeiten, sich für eine Transformation der europäischen Landwirtschaft einzusetzen: mehr Nachhaltigkeit, effektiverer Umweltschutz und vor allem wirklicher struktureller Tierschutz. Wie stehen Sie dazu, einen EU-Kommissar für Tierschutz zu ernennen?

Es wichtig, dass es eine Kommissar oder eine Kommissarin gibt, die ausdrücklich mit dieser Aufgabe betraut ist. Der Tierschutz braucht in Europa eine Ansprechstelle für die Bürgerinnen und Bürger, denen das Thema Tierschutz am Herzen liegt. Damit ginge auch eine klare Verantwortlichkeit einher. Das Thema Tierschutz muss stärker verankert werden. Die EU muss ihre Vorbildfunktion in Sachen Tierschutz ausbauen und mit verschiedenen anderen Themenbereichen wie Wasser- und Handelspolitik verknüpfen. All das geht leichter und effektiver, wenn Tierschutz als

Verantwortlichkeit ausdrücklich genannt wird. Dies ist mehr als eine kosmetische Aktion, sondern ein Schritt, Tierschutz als zentralen Politikbereich zu benennen.

Thema 3: Pflanzenbasierten Ernährungssystem - Fleischkonsum

Wir brauchen ein zukunftsfähiges, pflanzenbasierten Ernährungssystem. Konsumverhalten und Produktion von Lebensmitteln bedingen sich gegenseitig. Gibt es Überlegungen in Ihrer Partei, eine überwiegend pflanzenbasierte Ernährung zu fördern und den Fleischkonsum zu reduzieren?

Der Fleischkonsum in Europa ist zweifellos zu hoch. Die intensive Tierhaltung führt zu vielerlei Problemen, von Wasserverschmutzung, Überdüngung bis zu hohem Bedarf an proteinreichen Pflanzen, die aktuell oftmals gentechnisch verändert aus Nord- und Südamerika importiert und vor Ort wiederum für Umweltschäden und Landnutzungsänderungen verantwortlich sind. Aktuell geht man davon aus, dass allein in Südamerika für den Anbau von Soja, welches nach Europa exportiert wird, eine Fläche verbraucht wird, die in etwa so groß ist wie Frankreich. Dabei sind wir überzeugt, dass wir den Menschen eine nachhaltige Ernährung nicht vorschreiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Information und Anreize sich die Menschen selbst für mehr pflanzenbasierte Lebensmittel entscheiden. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, der aber dringend angegangen werden muss. Denn von einer pflanzenbasierten Ernährung profitieren neben den Menschen und den Tieren auch das Klima und die Umwelt.

Thema 4: Tierschutz

Wir setzen uns dafür ein, die Anzahl der „Nutztiere“ mindestens um die Hälfte zu reduzieren. Die dann noch verbleibenden müssen tierschutzgerecht gehalten werden. Wie stehen Sie dazu?

Wir setzen uns für eine Reduzierung der Anzahl der Nutztiere ein. Dafür fordern wir die Einführung einer flächengebundenen Landwirtschaft. Das würde bedeuten, dass die Fläche in natürlicher Weise die Anzahl der Tiere begrenzt.

Des Weiteren setzen wir uns besonders für eine weitere Verbreitung des ökologischen Landbaus ein, da er ein besonders auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes landwirtschaftliches Produktionssystem und eine möglichst artgerechte Haltung für alle Tiere vorschreibt. Wir fordern, dass eine neu ausgerichtete Agrarpolitik deutlich macht: Öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen. Darunter zählen wir Tierwohlstandards, die über dem bisherigen gesetzlichen Mindestmaß liegen. Wichtige Parameter sind für uns: mehr Platz im Stall, frische Luft und Licht und Weidegänge.

Thema 5: Fixieren von Tieren in der landwirtschaftlichen Tierhaltung

Fixieren von Tieren in der landwirtschaftlichen Tierhaltung (z.B. Anbindehaltung von Kühen, Muttersauen in Kastenständen) ist eine schlimme Tierquälerei. Dies sollte so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören. Setzen Sie sich dafür ein, diese Tierquälerei zu beenden?

In Deutschland ist ein Verbot bereits geplant und auch die SPD im Europäischen Parlament fordert dies. Es soll in die Überarbeitung der europäischen Tierschutzgesetzgebung aufgenommen werden.

Thema 6: Lebendtiertransporte in sog. Risikostaaten (z.B. Marokko)

Aus vielen EU-Ländern werden unzählige Rinder, Schafe usw. in außereuropäische Länder transportiert. Diese Lebend-Tiertransporte sind mit unendlichem Leid der Tiere verbunden. Wir fordern ein generelles Verbot dieser Transporte (vor allem in die sog. Risikostaaten). Wie stehen Sie zu diesem Problem?

Die SPD fordert, dass Langstreckentransporte für erwachsene Tiere auf maximal acht Stunden, für nicht-entwöhnte Tiere auf vier Stunden, begrenzt werden müssen. Dies muss auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt werden.

Gerade auch bei Transporten in Drittstaaten dürfen sich die Mitgliedstaaten nicht aus der Verantwortung stellen. Der Europäische Gerichtshof hat bereits 2015 entschieden, dass der Tierschutz nicht an der Unionsgrenze endet, sondern EU-Vorschriften bis zum endgültigen Bestimmungsort des Lebendtiertransports gelten.

Deshalb fordern wir, dass die Mitgliedstaaten ihre Verantwortungen im Rahmen der Verordnung 1/2005 auch konsequent erfüllen.

Im Dezember 2023 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der aktuell geltenden Verordnung 1/2005 vorgelegt, der nach unserer Ansicht nicht weit genug geht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass sich die Situation in Bezug auf Lebendtiertransporte deutlich verbessert.

Thema 7: Verbot des Tötens von Eintagsküken EU-weit

In Deutschland ist seit Anfang 2023 das massenhafte Töten von Eintagsküken verboten. Was werden Sie tun, damit dieses Verbot auf alle Länder der EU ausgeweitet wird, damit deutsche Geflügelzüchter nicht mehr in andere Länder ausweichen können?

Wir erwarten von der EU-Kommission, dass sie 2024 das bereits für 2023 angekündigte umfassende Gesetzespaket zur Überarbeitung der Tierschutzgesetzgebung vorlegt. Darin muss auch das EU-weite Verbot des Tötens von Eintagsküken verankert werden. Dies hat natürlich Tierschutzgründe, ist aber auch wichtig für die Integrität des EU-Binnenmarkts. Es müssen überall dieselben Regeln gelten, denn wir können nicht zulassen, dass unsere strengeren Regeln einfach in einem anderen